

---

## Göttinger-LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Fraktionen, PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe, und Torsten Wucherpennig im Rat der Stadt Göttingen

---

Göttinger-LINKE Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen

Zimmer 931

Tel.: 0551-400 3403

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

E-Mail [GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Zimmer 130

Tel.: 0551-400 2785

PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

E-Mail [grueneratsfraktion@goettingen.de](mailto:grueneratsfraktion@goettingen.de)

Zimmer 127

Tel.: 0551-400 3077

Torsten Wucherpennig /Antifaschistische LINKE/ im Rat der Stadt Göttingen

E-Mail [PiratenundParteiRatsgruppe@goettingen.de](mailto:PiratenundParteiRatsgruppe@goettingen.de)

---

**Eing.: 02.08.2018**

Göttingen, 2.August.2018

**Antrag für den Rat am 17.08.2018**

### **Aufnahme von 50 Geflüchteten aus dem Mittelmeer**

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen erklärt sich jetzt und in Zukunft bereit, zusätzlich zur regulären Zuweisung der Landesregierung 50 aus dem Mittelmeer gerettete geflüchtete Menschen aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, diese Bereitschaft dem Innenminister des Landes Niedersachsen zu melden.

Die Stadt Göttingen solidarisiert sich mit den Seenotrettungsorganisationen.

#### **Begründung:**

Wochenlang ist in diesem Sommer kein einziges Seenotrettungsboot ausgelaufen, tausende Menschen sind im Mittelmeer ertrunken. Seenotrettung wird kriminalisiert und die Innenminister von Deutschland, Italien und Malta führen ein unsägliches „nicht unser Problem“-Spiel auf. Aber es ist unser Problem. Es sterben real Menschen. Die Werte des Humanismus stehen auf dem Spiel. Und wir wollen dem nicht tatenlos zusehen. Europa kann es sich nicht leisten, das Leben von Menschen von der Aufnahmebereitschaft Maltas und Italiens abhängig zu machen, wir alle sind gefordert.

Die Rolle der Kommunen und Zivilgesellschaft wird dabei immer wichtiger. Auch und gerade, weil sich die Innenminister mit ihrer Rhetorik gefährlich nah am rechten Rand bewegen, manchmal sogar direkt menschenverachtendes Vokabular benutzen. Wir müssen der Kontrapunkt dazu sein. Auch wenn wir rechtlich nicht in der Position sind, selbstständig Geflüchtete aufzunehmen, so können wir doch unsere Bereitschaft demonstrieren und damit einen wichtigen Akzent gegen den erstarkenden Rechtspopulismus setzen. Am 28. Juli fanden in vielen deutschen Städten und auch hier in Göttingen unter dem Motto „Seebrücke statt Rechtsruck!“ Demonstrationen statt, an denen viele tausend Menschen teilgenommen haben.

Es gibt inzwischen einige Initiativen von Kommunen, die sich der europäischen Abschottungspolitik mit vorbildlichem Engagement entgegenstellen. So hat sich die Stadt Valencia im Juli bereit erklärt, die über 600 Geretteten der „Aquarius“ in ihrer Stadt aufzunehmen. Andere Städte wie Barcelona, Palermo oder Neapel hatten sich ebenfalls angeboten. Wenige Tage später wurde auch der „Lifeline“ und damit 234 Flüchtenden die Einfahrt in Italien und auf Malta verwehrt, worauf mehrere europäische Städte und deutsche Bundesländer ihre Unterstützung anbo-

ten: Berlin und Kiel etwa, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Und auch der Stadt Göttingen steht es gut an, wenn wir uns öffentlich dazu bekennen, dem Sterben im Mittelmeer nicht teilnahmslos zuzusehen und einen kleinen Beitrag gegen das Elend zu leisten.

**Die erforderlichen Originalunterschriften lagen vor**